

**Wahlprüfsteine für die Kandidaten zur Tübinger Oberbürgermeisterwahl 2022**

**Name: Boris Palmer**

**Partei:**

**Im Folgenden finden Sie Fragen zu verschiedenen Themenblöcken. Bitte beantworten Sie die Fragen so präzise wie möglich und jeweils mit Begründung.**

**Allgemeines**

1. Bitte beschreiben Sie Ihre Motivation zur Kandidatur als Oberbürgermeister in der Universitätsstadt Tübingen.

Ich lebe seit 30 Jahren in unserer Stadt. Zugleich bin ich politisch viel gereist und habe zahlreiche andere Städte und ihre Strukturen kennen gelernt. Ich halte Tübingen für die lebenswerteste Stadt in Deutschland und möchte als OB weiter meinen Beitrag leisten, dass das so bleibt.

Wir leben in einer Zeit sich gegenseitig verschärfender Krisen. Ich sehe mich auch als erfahrenen Krisenmanager, der in der Lage ist, die Stadt sicher durch gefährliche Gewässer zu navigieren und dafür die Kompetenzen in der Stadtgesellschaft zu bündeln. So ist dies beispielsweise in Zusammenarbeit mit Lisa Federle in der Corona-Krise vorbildlich gelungen. Ich möchte dazu auch künftig meinen Beitrag leisten.

Und drittens bin ich der Überzeugung, dass Tübingen sich in den letzten 16 Jahren sehr positiv entwickelt hat. Die strategischen Weichenstellungen haben wir im Gemeinderat gemeinsam gelegt. Ich möchte mit Ideen und Tatkraft weiter daran mitwirken, unsere Ziele zu erreichen.

1. Welche Zielvorstellungen haben Sie für die Entwicklung der Stadt und welche Meilensteine wollen Sie in den kommenden acht Jahren erreichen?

Ich möchte den erfolgreichen Weg des klimaverträglichen Wachstums von Wohlstand und Wirtschaft in unserer Stadt weiter begehen. Bis 2030 soll Tübingen klimaneutral sein. Die Anzahl geförderter Wohnungen soll um mindestens 1000 wachsen. Die Kinderbetreuung soll schnellstmöglich wieder in den Normalbetrieb gehen. Die Tübinger Bildungseinrichtungen soll bis 2030 alle modernisiert und digital ausgestattet sein. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen auf durchgängig digitale Prozesse umgestellt werden.

1. Bitte beschreiben Sie Ihre fachliche Qualifikation für die Position. Welche Erfahrungen bringen Sie in Führung, öffentlicher Verwaltung, kommunaler Haushaltsführung und Finanzplanung mit?

Ich bin nach 16 Jahren als Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen der dienstälteste Dezernent der Stadtverwaltung Tübingen. In dieser Zeit habe ich auch die Dezernate für Verwaltung, IT, Rechnungswesen und Finanzen unmittelbar geführt. Zudem bin ich als Vertreter der Stadt in zahlreichen interkommunalen und öffentlichen Einrichtungen tätig. Ich habe zahlreiche Führungsseminare absolviert und einen breiten Überblick der aktuellen Themen in der deutschen Verwaltung einschließlich ihrer bürokratischen Hemmnisse, die es im Dialog mit Bund und Land abzubauen gilt.

1. Soll das Amt des Finanzbürgermeisters weiterhin in Personalunion mit dem Amt des Oberbürgermeisters ausgeübt werden?

Ja. Ich werde dies im Falle einer dritten Amtszeit so handhaben. Angesichts der wachsenden Aufgabenfülle lässt sich das nach meiner Einschätzung auch nur aufgrund meiner Vorkenntnisse in dieser Form bewältigen. Nach einem personellen Umbruch in der Finanzverwaltung verfüge ich derzeit als einziger führender Mitarbeiter der Stadtverwaltung über langjährige Erfahrung im Finanzbereich und habe den vollen Überblick über den Konzern Stadt.

1. Welche Rolle spielt für Sie die Verwendung von Social Media in der Ausübung des Amtes?

Eine untergeordnete. Wir wissen aus Befragungen, dass allenfalls 15% der Tübinger sich auf diesem Weg über Kommunalpolitik informieren. Andererseits lesen immer weniger Menschen die Zeitung, so dass Informationsangebote auf allen Kanälen notwendig sind. Ein großer Vorteil ist zudem, dass es die Möglichkeit gibt, unmittelbar zu kommunizieren.

1. Wie möchten Sie mit kontroversen Themen wie der künftigen Stadtentwicklung, dem Wachstum der Stadt oder etwaigen Grenzen des Wachstums umgehen? Wie möchten Sie insb. die Menschen bei diesen Themen zusammenführen?

Streit ist des Lebenselexier der Demokratie. Er vermittelt Zusammenhalt, indem man ihn produktiv führt. Es wird nicht gelingen, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Die Konflikte offen austragen ist das richtige Rezept, um zusammenzuführen. Ich stehe dabei zum bisherigen Entwicklungspfad: Förderung der Wissenschaft und Wirtschaft in Tübingen, Ansiedlungsversuche von außen nur in herausragenden Einzelfällen (Bosch, Porsche, Amazon). Alle Betriebe am Standort sollen wachsen können, wenn sie es wollen. Auf den Zuwachs von 14.000 Arbeitsplätzen in meiner Amtszeit bin ich stolz. Auch für die kommenden Jahre bestehen ausreichend Flächenreserven im Innenbereich, um diesen Weg fortzusetzen. Die Ausweisung von neuen Flächen will ich so restriktiv wie möglich handhaben. Bis 2030 müssen der Aischbach, der Rittweg, Bonlanden, der Technologiepark und der REAL Parkplatz als Gewerbegebiete ausreichen. Weiter gehende Entwicklungen sind durch Verdichtung im Bestand abzudecken.

1. In welchem Rahmen beabsichtigen Sie zukünftig die Bürgerschaft bei der Planung von Projekten einzubeziehen? Sollen hierbei Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide durchgeführt werden? Wenn ja: Soll die „Bürger-App“ hierfür genutzt werden? Wie kann die Teilnahme auch der nichttechnisch-versierten Bevölkerung ermöglicht werden? Sind Bürgerentscheide für Sie verbindlich?  
     
   Die Tübinger Beteiligungskultur hat ein hohes Niveau. Das möchte ich beibehalten. Auch die genannten Befragungs- und Entscheidungsinstrumente sollen weiter genutzt werden. Wichtig ist mir, dass Beteiligung nicht zum Stillstand führt, sondern Ergebnisse bringt. Weiterhin bleibt die herkömmliche Form, mit Papier und Stift teilzunehmen, ein notwendiges Angebot.
2. Sind Sie auch bereit Expertise von außen zuzulassen und nicht vorgeprägte sog. „runde Tische“ als Bürgerbeteiligung anzusehen?

Ja. Wir haben zum Beispiel 100.000 Euro investiert, um Expertise von außen zur Regionalstadtbahn und möglichen Alternativen einzuholen.

1. Wie stehen Sie zu den Begriffen Verbindlichkeit, Menschlichkeit und Sachlichkeit im Amt des Ersten Bürgers unserer Stadt?

Diese Begriffe sind für mich alle positiv besetzt. Verbindlichkeit ist einer der Leitbegriffe, den wir in der Stadtverwaltung als gemeinsames Ziel definiert haben, denn nur mit Verbindlichkeit können Menschen in einer Großorganisation sinnvoll zusammenarbeiten. Menschlichkeit und Sachlichkeit sind Zwillingsbegriffe für einen Verwaltungschef und Oberbürgermeister. Denn die Aufgabe des Amtes ist, den Menschen zu dienen. Das gelingt aber nur mit guter Sacharbeit.

1. Wie stehen Sie zu einem (verpflichtenden) Gendern der Stadtverwaltung?

Das verpflichtende Gendern halte ich falsch. Ich möchte es weiter bei einer Empfehlung belassen. Ich selbst nutze die Gendersprache nicht. Das sollte genauso respektiert werden wie die Entscheidung für die Gendersprache.

1. Halten Sie es für richtig, dass die Teilorte weiterhin eine eigene Verwaltungsstelle mit Ortschaftsräten betreiben?

Das halte ich für zwingend notwendig.

**Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Tübingen**

1. Wie soll die Kooperation der Stadt mit der Eberhard Karls Universität Tübingen künftig aussehen?

Die bisherige Zusammenarbeit sehe ich als äußert gelungen und vertrauensvoll an. So haben Rektor und Oberbürgermeister gemeinsam zuletzt im Senat dafür geworben, den Namen der Universität beizubehalten. Sämtliche Bauvorhaben sind einvernehmlich vorangetrieben worden.

Der Wechsel in der Führung der Universität macht nun neue Absprachen notwendig. Ich möchte zunächst in Erfahrung bringen, welche Vorstellungen bei der Universitätsleitung bestehen und möglichst bald in der Kommission Stadt-Universität die Ziele diskutieren. Herausgehobene Bedeutung hat dabei für mich der Neubau von Studierendenwohnheimen und die städtebauliche Integration des Altklinikums als neuer Teil des Talcampus.

1. Wie möchten Sie den Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in den Bereichen Wissenschaft, Handwerk, Gewerbe, Fertigung und innovative Technologie sicherstellen?

Ich möchte den bisher auch von den Kammern gelobten wirtschaftsfreundlichen Kurs beibehalten. Von der Bereitstellung von Flächen und Bauplanungsrecht über Infrastruktur, Kinderbetreuung und Beratung muss Tübingen ein Top Niveau halten. Dafür will ich mich weiter einsetzen.

1. Wie beabsichtigen Sie der Stadt als Wirtschaftsstandort weiteres Wachstum zu ermöglichen? Wie stehen Sie zu einer Ausweisung weiterer Gewerbegebiete in Tübingen?

Wie oben ausgeführt halte ich dieses Wachstum für möglich, indem vor allem vorhandene Potenziale genutzt werden. Darüber hinaus sollten bis 2030 keine weiteren Gewerbegebiete erschlossen werden. Wesentlich sind kluge Verbindungen vorhandener Flächen und Projekte. So ist es mir dank meines Kollegen Neher gelungen, die Firma Kemmler mit der Stadt Rottenburg zusammenzubringen, um Flächen in Hirschau frei zu machen, die dort für eine dringend notwendige Erweiterung benötigt werden. Dies sollte bald umgesetzt werden.

1. Durch welche Maßnahmen könnte man dem Rückgang des Einzelhandels Einhalt gebieten? Wie können neue Einzelhandelsbetriebe in der Tübinger Innenstadt angesiedelt werden? Welche Rolle spielt die Gastronomie in dem neuen Altstadt-Bebauungsplan

Ich fürchte, dass wir den Rückgang nicht völlig aufhalten können, weil zu viele junge Kunden ins Internet abgewandert sind und lieber vom Sofa einkaufen. Die wichtigste Maßnahme bleibt es daher, etwas zu gestalten, das es im Internet nicht gibt: echte Erlebnisse. Wir müssen uns für neue Ideen öffnen, zum Beispiel neue Freizeit- und Kultureinrichtungen in der Innenstadt. Dafür hat Tübingen optimale Bedingungen. Aufenthaltsqualität stärken ist das A und O. Dazu trägt auch die Verbindung von Gastronomie und Handel bei. Ich halte eine völlige Freigabe von Gastronomie in Ladengeschäften für unfair gegenüber Restaurants und Handel. Eine maßvolle Öffnung kann ich mir aber im Bebauungsplan vorstellen.

1. Wie können junge Menschen nach dem Ende ihres Studiums/ihrer Ausbildung vor Ort gehalten werden – insb. auch mit Blick auf verlorengehenden Nachwuchs in den Vereinen und bei der Feuerwehr?

Ich denke nicht, dass wir noch mehr Studierende in Tübingen halten sollten. Die Universität bildet für das Land aus, nicht nur für Tübingen. Wir profitieren mit unseren vielen wissenschaftsnahen Betrieben davon bereits in hohem Maße. Das sollte so bleiben. Feuerwehr und Vereine sind Institutionen, die wir auf anderem Weg stärken müssen. Sie zu ehren, zu stärken und schätzen ist mir eine innere Verpflichtung.

**Verkehr**

1. Wie stellen Sie sich in den Bereichen Arbeitsplätze und Verkehr die Zusammenarbeit der Stadt Tübingen mit den anderen Kommunen in der Region vor – insb. bezogen auf den Schindhau-Basistunnel und die Regionalstadtbahn?

Beim Schindhau-Basistunnel gibt es meines Wissens keine interkommunale Zusammenarbeit, da er sich bereits in der Planfeststellung befindet und die Trassenführung geklärt ist. Das Projekt ist damit Sache des Bundes. Solange dieser an dem Projekt festhält, wird es auch gebaut. Die Regionalstadtbahn ist im Unterschied dazu ein kommunales Projekt, bei dem Bund und Land nur mitfinanzieren, aber nicht entscheiden. Ich halte eine faire Zusammenarbeit für unerlässlich und setze mich dafür als Stellvertreter von Eugen Höschele im Vorsitz des Zweckverbandes ein. Das darf aber nicht bedeuten, dass Tübingen finanziell übervorteilt wird. So zahlen wir über die Kreisumlage alle Ausbaumaßnahmen im Landkreis zu 40% mit. Ich halte es für notwendig, dass der gleiche Finanzierungsschlüssel auch für die Bauten in der Stadt gilt.

1. Welches Gesamtkonzept liegt Ihrer Verkehrspolitik mit Blick auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmer zugrunde? Bitte skizzieren Sie Ihre Konzepte zur Entwicklung des Verkehrs innerhalb der Stadt und für Einpendler aus dem Umland.

Ich halte die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen unter Beachtung der Wirkung auf andere für das Ziel der Verkehrspolitik. Da es hier zu Zielkonflikten kommt (z.B. Anwohnerinteressen contra Durchfahrtsinteressen), muss transparent abgewogen und vernünftig entschieden werden. Innerhalb der Stadt sind flächensparende und klimafreundliche Verkehrsmittel vorzugswürdig, weil sie Mobilität mit weniger Einschränkungen für andere ermöglichen. Im Stadt-Umlandverkehr sollte der Ausbau der Regionalstadtbahn im Vordergrund stehen, weil wir nur dadurch in der Stadt Entlastung von Pendlerströmen auf unseren Straßen erfahren.

1. Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach dem Pkw als Verkehrsmittel in Tübingen zu, insb. betreffend die Erreichbarkeit Innenstadt und der Mühlstraße mit dem Individualverkehr? Wie sieht Ihr Parkkonzept für die Stadt aus?

Der PKW ist in der Stadt nicht mehr das Hauptverkehrsmittel. Die meisten Wege werden heute mit dem Fahrrad zurückgelegt. Diese Entwicklung möchte ich weiter fördern. Wenn junge Menschen und rüstige Ältere vor allem das Rad und die eigenen Füße benützen, bleibt auf den Straßen genug Platz für Wirtschaftsverkehr und diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind. Die Erreichbarkeit der Innenstadt soll immer gegeben sein, hauptsächlich aber durch gut anfahrbare Parkhäuser und Tiefgaragen. Straßensanierung möchte ich vorantreiben und Ampeln durch Kreisverkehr ersetzen.

**Stadtplanung**

1. Wie beabsichtigen Sie, den angespannten Wohnungsmarkt in der Stadt und den Teilorten abzumildern und auch jungen Familien das Wohnen und private Bauen in der Stadt zu ermöglichen – insb. mit Bezug auf die Ausweisung neuer Wohngebiete, Bau von privaten Wohnhäusern, Verschleppung der Wohnbauflächenentwicklung in den Teilorten, Mietendeckel, Inaussichtstellen von Enteignungen, Nachverdichtung, Baugebote und Grünflächen in der Stadt?

Ich möchte am bisherigen Bautempo von 500 Wohnungen pro Jahr festhalten. Die Flächen dafür sind im Innenbereich nachgewiesen und im Außenbereich auf die Teilorte beschränkt. Die langen Planungszeiten in Deutschland sind für mich ein Ärgernis, aber da bin ich nicht der einzige OB. Wichtig ist, dass ein möglichst großer Anteil von Wohnungen gefördert wird und damit einigermaßen bezahlbar bleibt. Angesichts der Baupreise und Zinsen ist das private Haus für den Großteil der Menschen aus ihrem Einkommen nicht mehr finanzierbar. Um so wichtiger ist es, den Mietwohnungsmarkt zu beruhigen. Daher setze ich mich für eine wirksame Mietpreisbremse ein. Der Gemeinderat hat sich mittlerweile auf meinen Vorschlag für die Einführung der Grundsteuer C als Ersatz für Baugebote ausgesprochen. Das halte ich für richtig. Grünflächen in der Stadt dürfen nicht bebaut werden. Sie müssen aufgewertet werden, damit Nachverdichtung gelingt und akzeptiert wird.

1. Wie stellen Sie sich im Bereich Wohnraumentwicklung die Zusammenarbeit der Stadt Tübingen mit den anderen Kommunen im Landkreis vor?

Die Zusammenarbeit wird über den Regionalverband und den Nachbarschaftsverband organisiert. Ich sehe hier aktuell keine Veränderungen. Die Bereitschaft zum Bau von Wohnungen ist in der gesamten Region gegeben.

1. Welche Konzepte haben Sie, damit die Stadt das mehrheitlich beschlossene Ziel der Klimaneutralität 2030 erreichen kann? Welche Meilensteine sehen Sie? Wie stehen Sie zum Bau von Windkraftanlagen auf geeigneten Flächen in der Tübinger Gemarkung? Halten Sie die aktuelle Vorgehensweise zur Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen sowie Flächen in der Nähe von Straßen (bspw. „Innenohrflächen“) für die Errichtung von PV-Anlagen für richtig, oder sehen bzw. bevorzugen Sie andere Möglichkeiten, bspw. die Nutzung bereits versiegelter Flächen?

Das Klimaschutzkonzept will ich genau so umsetzen, wie es beschlossen wurde. Einzelne Meilensteine zu nennen übersteigt angesichts des Umfangs den Rahmen dieses Textes. Ich befürworte den Bau von Windkraftanlagen auf Tübinger Gemarkung. Ich würde die Nutzung versiegelter Flächen bevorzugen, das dauert jedoch und stößt auf ökonomische und eigentumsrechtliche Probleme. Daher halte ich zumindest für eine Übergangszeit von 25 Jahren Nutzungsdauer auch PV auf Freiflächen für notwendig und sinnvoll. Ganze besonders da, wo Straßen und Schienen bereits einen erheblichen Eingriff in die Landschaft bedeuten.

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um mit der aktuellen Energiekrise und die mit dem Ukraine-Krieg verbundenen Umwälzungen vor Ort umzugehen?

Entscheidend ist für mich, dass die Industrie nicht wegen Gasmangel abgeschaltet werden muss. Das würde auch viele Tübinger Betriebe hart bis existenziell treffen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir diesen Winter ein hartes Energiespaket auflegen, bei dem anders als bisher auch der Komfort reduziert wird. Zentral ist für mich, dass wir die Gasverstromung in den BHWK beenden können. Dafür hat der Bund bisher leider nicht die Voraussetzungen geschaffen. Ich werde mich dafür weiter bei der Regierung einsetzen. Für das Jahr 2023 sind die beiden großen Solaranlagen im Neckartal ganz oben auf der Agenda. Mit zusammen 15 MW Leistung (Strom und Wärme) können sie uns ganz erheblich voranbringen auf dem Weg zur Energieautonomie in Bezug auf Russland.

1. Welche Projekte möchten Sie in den Bereichen Kulturförderung und Sport umsetzen?

Ich halte den Bau eines Kultursaales für richtig und notwendig. Für die Kultur geht es aber zunächst darum, nach Corona das Publikum wieder zu gewinnen. Dafür möchte ich ein Neun-Euro-Ticket für die Tübinger Kultur einführen. Im Sportbereich stehen weiter große Investitionen an. Der TV Derendingen braucht schon 2023 zwei neue Plätze. Die Kalthalle muss gebaut werden. Und das neue Hallenbad mit 50m-Becken ist für mich ebenfalls gesetzt.

1. Welche Konzepte haben Sie, um den Zusammenhalt der Bürgerschaft über Generationen und Nationalitäten hinweg zu fördern?

Im Integrationsbereich bin ich ein Anhänger des „Förderns und Forderns.“ Der zweite Teil wird zu oft weg gelassen. Für mich ist es nicht richtig, dass sieben Jahre nach dem großen Flüchtlingszugang immer noch die Hälfte der arbeitsfähigen Menschen aus dieser Gruppe nicht arbeiten, während es auf allen Qualifikationsniveaus viele unbesetzte Stellen gibt. Der Zusammenhalt wird gestärkt, wenn es Geflüchteten Kollegen am Arbeitsplatz werden. Deshalb begrüße ich es sehr, wenn gute Mitarbeiter ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Jeden Monat wendet sich ein Betrieb Hilfe suchend an mich, weil ein wichtiger Mitarbeiter das Land verlassen soll. Hier setze ich mich bei Bund und Land für Betriebe und Mitarbeiter ein. Umgekehrt destabilisiert offene Straßenkriminalität den Zusammenhalt. Deswegen muss dagegen entschieden vorgegangen werden.

Für den Zusammenhalt der Generationen sind Begegnungsmöglichkeiten, offene Angebote, Stadtteiltreffs und Verständigung über Bedürfnisse entscheidend. Ich halte ein kostenfreies Taxi für Fahrten der Älteren zum Arzt für eine gute Sache, ebenso einen kostenfreien Nachtbus für Partygänger.

1. Wie kann der Konflikt Nachtleben und Lärm in der Innenstadt bewältigt werden? Wo können geeignete Orte für das Nachtleben geschaffen werden? Wie kann das damit zusammenhängende Abfallproblem gelöst werden?

Der Konflikt besteht wohl seit den Zeiten des Carcers, wie man den Beschwerden aus jener Zeit entnehmen kann. Daher wird er sich auch nicht aus der Welt schaffen lassen. Ich halte strenge Durchsetzung der Nachtruhe durch den Kommunalen Ordnungsdienst für notwendig. Zur Entzerrung der Situation kann über eine entsprechende Nutzung des Europaplatzes nachgedacht werden. Die Verpackungssteuer ist ein guter Anfang für das Abfallproblem. Der bequemen Wegwerfkultur wird man möglicherweise auch nur beikommen, wenn das entsprechende Verbot aus der städtischen Polizeisatzung durchgesetzt wird. Ob das gelingen kann, ist allerdings fraglich. Ich erinnere mich daran, dass die Treppe der Stiftskirche um 6 Uhr morgens schon vor 40 Jahren wie die Sau aussah. So sagte es mein Vater, wenn wir auf den Markt fuhren. Es wird wohl nicht alles schlechter, manches wird nur nicht besser.

**Digitalisierung**

1. Welche konkreten Konzepte haben Sie, um die Stadt und die Stadtverwaltung fit für das weiter voranschreitende digitale Zeitalter zu machen? Wie möchten Sie im Zuge der Umsetzung dieser Konzepte gewährleisten, dass alle interessierten Bürger („digital natives“ und „digital immigrants“) mitgenommen bzw. miteinbezogen werden? In welchen Bereichen des Stadtlebens möchten Sie Digitalisierung einsetzen (Stichwort „Smart City“)?

Die Stadtverwaltung hat auf meinen Vorschlag einen Digitalisierungsbeauftragen erhalten und arbeitet daran, die Prozesse im Hintergrund auf digitale Verfahren umzustellen, so dass sie medienbruchfrei umgesetzt werden. Leider sind wir dabei auch auf das kommunale Rechenzentrum angewiesen, das derzeit nicht die notwendigen Kapazitäten hat. Ich werde mich dafür einsetzen, solche Engpässe zu beheben. Mein Ziel ist es, bis 2030 alle Verwaltungsdienstleistungen voll digital anzubieten. Wenn diese in guter Qualität geschieht (die aktuelle Elster-Blamage ist abschreckend), so wird das bis 2030 auch für alle Altersgruppen gut machbar sein. Es entspricht heute nicht mehr der Realität, Älteren die Fähigkeit abzusprechen, digitale Medien zu nutzen, wenn diese gut gemacht sind. Bis 2030 wird es so gut wie keine Bereiche des Stadtlebens mehr geben, in denen keine digitalen Verfahren eingesetzt werden.

**Finanzen**

1. Ziehen Sie die Erhebung neuer Steuern zugunsten von Umwelt-, Verkehrs-, Abfall-, oder Sozialkonzepten oder der Finanzierung der Haushaltskasse in Betracht? Halten Sie an dem Grundsatz der „Null-Verschuldung“ fest?

Ich halte die Verpackungssteuer in diesem Sinne für eine gute Sache. Angesichts der restriktiven Rechtssprechung des VGH ist mir derzeit aber keine andere Möglichkeit bekannt, solche Steuern zu erheben. An dem Grundsatz der Null-Verschuldung werden wir voraussichtlich bis 2030 nicht festhalten können. Ich rechne mit so hohem Investitionsbedarf zur Krisenbewältigung, dass wir Investitionen auch mit Krediten finanzieren müssen. Am Grundsatz, dass wir die Abschreibungen in jedem Jahr erwirtschaften müssen, halte ich um so strenger fest.

**Sicherheit**

1. Wie kann gewährleistet werden, dass sich alle Bevölkerungsgruppen nachts in der (ganzen) Stadt sicher bewegen können?

Tübingen war durch meine Initiative Vorreiter beim Aufbau eines Kommunalen Ordnungsdienstes, der nachts durch die Straßen patrouilliert. Aktuell wird die Organisation verbessert, um mehr Kräfte sichtbar zum Einsatz zum bringen. Von der neuen Teamleitungsstruktur verspreche ich mir deutliche Fortschritte. Gravierende Verstöße sollen nicht mehr durch Ermahnungen, sondern durch unmittelbare Sanktionen geahndet werden. Mit Licht nach Bedarf können wir umweltfreundlich verbesserte Beleuchtungssituationen schaffen. Am Bahnhof sind die Leitungen für Videoüberwachung gelegt. Sollte sich diese als notwendig erweisen, werde ich sie dem Gemeinderat zur Umsetzung vorschlagen.

1. Wie beabsichtigen Sie die lokalen Drogenumschlagplätze – insb. der Alte Botanische Garten – einzudämmen und für die Bevölkerung sicherer zu gestalten?

Ich halte es für notwendig, dem wie in den letzten Jahren sowohl mit Verfolgungsdruck durch Polizeikräfte als auch mit direkter Ansprache durch Sozialarbeit intensiv entgegenzuwirken, sobald das Problem auftritt. Entsprechend werde ich mich beim Polizeipräsidenten einsetzen, wenn das wieder notwendig sein sollte.

**Wir bitten Sie uns Ihre Antworten zu den Wahlprüfsteinen bis zum 31. August 2022 zukommen zu lassen. Wir beabsichtigen die Wahlprüfsteine einschließlich Ihrer Antworten zu veröffentlichen. Haben Sie gegen eine Veröffentlichung der Ergebnisse Einwände?**

**Ja Nein**

**Ich habe keine Einwände gegen die Veröffentlichung.**

**Bitte zurücksenden an:** [vorsitzender-sv@cdu-tuebingen.de](mailto:vorsitzender-sv@cdu-tuebingen.de)

|  |
| --- |
|  |

Ort, Datum, Unterschrift